

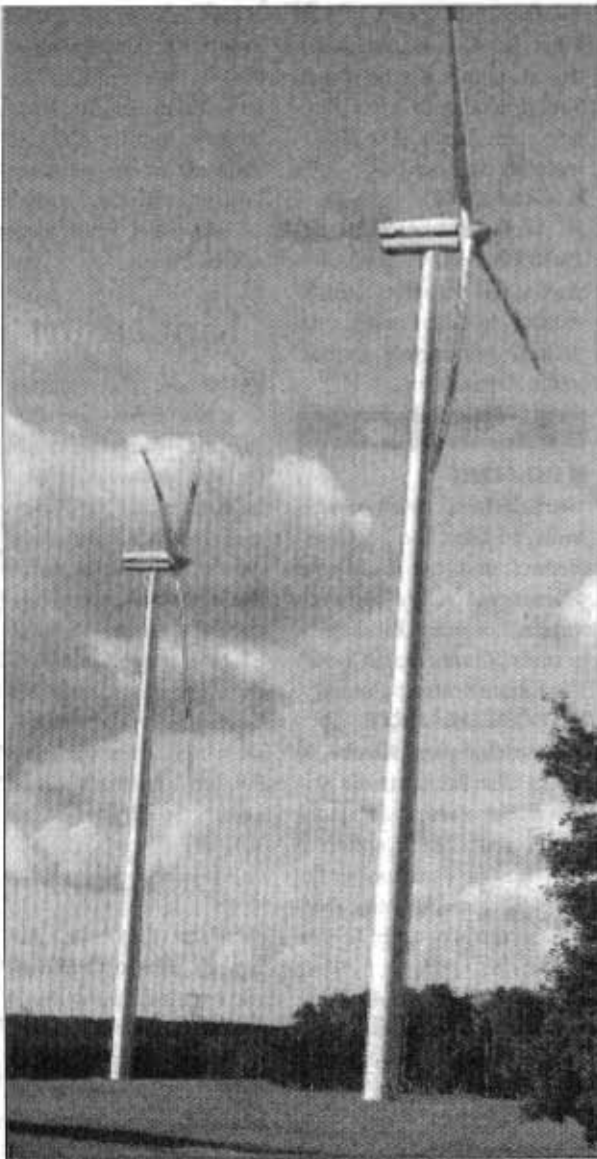
Akzeptanzproblemen

Kontroverse Podiumsdiskussion zum Thema „Erneuerbare Energien“

Gallun. Der Ort der Veranstaltung sollte keineswegs Symbolwert haben, denn im Schützenhaus von Gallun wird halt des öfteren scharf geschossen. Vielmehr ging es bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Erneuerbare Energien“, zu der sich am Montagabend diverse Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden eingefunden hatten, darum, Informationen und Argumente auszutauschen. Und zu informieren und zu argumentieren gab es einiges. Schließlich geht es um ein Topthema der Brandenburger Landespolitik, hat sich doch die rot-rote Landesregierung den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien auf die Fahnen geschrieben. Bis 2020 soll ein Anteil am Primärverbrauch von 20 Prozent, beim Stromverbrauch sogar auf 90 Prozent erreicht werden. Den größten Beitrag soll dabei die Windkraft leisten.

Regionales Konfliktpotenzial

Im aktuellen Energiemix des Landes entfallen bereits 16 Prozent des Energieaufkommens auf erneuerbare Energien, der Großteil davon entsteht durch Windkraftanlagen. Bereits 2.886 solcher Anlagen stehen zur Zeit in Brandenburg. Und es sollen noch weitere hinzukommen. Und genau darin liegt das Problem: Denn so unbestritten die Notwendigkeit neuer Energiequellen auch ist – vor der eigenen Haustür möchte kaum einer die dafür benötigten Anlagen haben. „Keine Energiestruktur ist unumstritten, auch weil sie teilweise zu erheblichen Belastungen für die Bevölkerung führt. Deshalb gibt es teilweise große Akzeptanzprobleme“, weiß dies auch Wirtschaftsminister Ralf Christoffers. Der Minister verwies darauf, dass es nur ein begrenztes Angebot an geeigneten Flächen gebe. Aber auch darauf, dass die Landesregierungen das vor Ort bestehende Konfliktpotenzial künftig besser prüfen werde und auch ein Programm mit Maßnahmen für einen sogenannten „Nachteilsausgleich“ aufliegen will.



Die Windkraftanlagen bei Gallun sind von den Anwohnern nicht gern gesehen. Bei maximaler Rotorstellung erreichen diese „Riesenflügel“ eine Höhe von 150 Metern.

Foto: sto

1.000 Meter Mindestabstand

Auch auf regionaler Ebene ist man bestrebt, das Thema sensibel zu behandeln. „Bei uns wird jede Anlage einzeln bewertet“, betonte Vize-Landrat Carl-Heinz Klinkmüller. Aber er musste auch einschränken, dass „wir zwar unsere Handlungsspielräume haben, uns letztlich aber auch nach den Gesetzen richten müssen“. Allerdings wird der Landkreis Dahme-Spreewald darauf bestehen, dass auch künftig die Regelung, wonach Windkraftanlagen nur mindestens 1.000 Meter von Wohnhäusern entfernt errichtet werden dürfen, konsequent umgesetzt. Zumal zuletzt sogar Forderungen nach größeren Abständen laut geworden wa-

ren. Mit der jetzigen Abstandsregelung könne auch die Industrie leben. „Die 1.000 Meter sind eine vernünftige Größenordnung“, findet auch Michael Raschemann von der Firma Energiequelle GmbH, die Windräder betreibt. Schließlich sind die Anlagen in den letzten Jahren deutlich größer geworden. So ragen die riesigen Rotoren mittlerweile 150 Meter in die Höhe – die ersten Exemplare waren gerade einmal halb so hoch. Auch die Naturschützer haben prinzipiell nichts gegen die Riesenflügel. „Wir sind total gegen Atomkraft und halten auch nicht viel von der Braunkohle. Windkraft ist dagegen das Modell der Zukunft“, begründete Rüdiger Mauersberger vom

NABU Brandenburg sein Votum für diese Form der Energieerzeugung.

Drei Anlagen abgelehnt

All diese Argumente werden vor Ort freilich kaum Gehör finden. Denn in der Region um Mittenwalde hält sich die Begeisterung für die Windkraft in Grenzen. Spätestens seit vor fünf Jahren dort die ersten Windräder aufgestellt wurden, ist der Widerstand in der Bevölkerung gewachsen. „Wir haben hier große Probleme mit der Akzeptanz“, beschreibt Reinhard Moschan von der Interessengemeinschaft zum Erhalt der Notte-Niederung die allgemeine Ablehnung. Auch weil die Bürger mit ihren Protesten „bei der Verwaltung kalt abgeschmettert“ wurden, es weder lokale Einspeisungen noch punktuelle Ausgleichszahlungen gab. Deshalb wurden die geplanten neuen Windparks in Ragow, Gallun und Motzen auch allesamt abgelehnt. Vollends in Rage brachte die Galluner, dass ein Investor zum Bau von 12 neuen Windräder auch noch 20.000 qm Wald abholzen wollte. „Wir brauchen die Naturflächen schließlich zur Erholung“, findet Moschan. In Motzen war immerhin der Ortsbeirat für den Bau einer neuen Anlage. Allerdings legte dann die Stadtverordnetenversammlung Mittenwalde (wie auch beim gleichzeitigen Antrag für Gallun) per Abstimmung ihr Veto ein.

Auf solche Eskalationen möchte Ralf Christoffers in Zukunft gern verzichten. „Es gibt bei den Windkraftanlagen keinen Königsweg und kein Patentrezept. Aber es muss vor dem Bau auch eine transparente Konfliktlösung vor Ort geben“, setzt der Minister künftig auf mehr Mit- und weniger Gegeneinander. Im Umland von Mittenwalde hat sich die Sache aber wohl auf absehbare Zeit erledigt. So meint auch Bürgermeister Uwe Pfeiffer: „Die Leute sind bei dieser Thematik sehr sensibilisiert. Und momentan liegen auch keine Anträge eines Investors zum Bau einer solchen Anlage vor.“ S. Stolz